

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Kreistag
Sitzung Nummer	10/2021-2026
Datum	18.07.2022
Sitzungsbeginn	09:30
Sitzungsende	17:26
Ort	Kreistagssitzungssaal, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar

Teilnehmende**Kreistagsvorsitzender**

Volkman, Johannes

Landrat

Schuster, Wolfgang

Erster Kreisbeigeordneter

Esch, Roland

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

Aurand, Stephan

Ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter -Dezernent-

Prof. Dr. Danne, Harald

Schreiber, Heinz

CDU-Fraktion

Ahrens-Dietz, Heike

Bender, Anna-Lena

Bender, Matthias

Braun, Carsten

Deusing, Kevin

Herr, Christoph Alexander

Hundertmark, Michael

Irmer, Hans-Jürgen

Krämer-Bender, Rabea

Lenzer, Carmen
Müller, Armin
Müller, Jörg Michael
Müller, Leo
Panten, Ingo
Panten, Sascha
Petersen, Nicole
Schäfer, Lisa
Dr. Schönwetter, Tim
Schumacher, Silke
Prof. Dr. Silbe, Katja
Sommer, Sabine
Steinraths, Daniel
Steinraths, Frank

SPD-Fraktion

Beimborn, Regina
Böcher, Jan Moritz
Breustedt, Michelle
Egler, Beatrix
Fay, Anja
Grüger, Stephan
Hartert, Holger
Hofmann, Kristin
Inderthal, Frank
Kunz, Cirsten
Lemler, Heinz
Dr. Rauber, David
Rauber, Heinz
Schäfer, Mechthild
Scholl, Stefan
Weppler, Elke

B90/Die Grünen

Biermann, Andrea
Brockhoff, Sebastian
Dworschak, Reiner
Green, Emely
Hartmann, Lukas
Klement, Martina
Dr. Marien, Jan
Dr. Rinn, Karin
Dr. Sattler, Daniel
Strehlau, Petra
Zühlsdorf-Gerhard, Carmen

FWG-Fraktion

Dr. Blöcher-Weil, Johannes
Boch, Dunja
Esch, Gudrun
Fuchs, Hans-Werner
Lefèvre, Christa
Peller, Michael

Dr. Viertelhausen, Andreas

AfD-Fraktion

Bellinghausen, Karlheinz
Gottsmann, Thomas
Hermann, Jacqueline Carina
Jakisch, Rudolf Georg
Mulch, Lothar
Niggemann, Andrea
Wagner, Willi

FDP-Fraktion

Berns, Wolfgang
Dr. Büger, Matthias
Dette, Wolfram

DIE LINKE

Zborschil, Tim

fraktionslos

Hantusch, Thassilo
Harapat, Dominic
Wagner, Steffen

Ehrenamtliche/r Kreisbeigeordnete/r

Bangert, Armin
Benner, Hans
Betz, Karin
Döpp, Ronald
Droß, Steffen
Hardt, Kerstin
Horne, Eberhard
Hugo, Klaus
Koch-Rein, Christiane
Müller, Elisabeth
Nickel, Diethelm
Niggemann, Klaus
Zeaiter, Sabrina

Schriftführerin

Klein, Birgit

Von der Verwaltung

Späth-Lorenz, Larissa

es fehlt entschuldigt

Benner-Berns, Anna-Lena abwesend
Engel, Jürgen abwesend
Garotti, Dorothea abwesend
Glade-Wolter, Cornelia abwesend
Knies, Hans-Horst abwesend
Ludwig, Jörg abwesend
Ohnacker, Christiane abwesend

Polat, Murat abwesend
Schmidt, Ingrid abwesend

Tagesordnung **Öffentliche Sitzung**

Sitzungsteil A

TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

TOP 2.

Fragestunde

TOP 3.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Sitzungsteil B

TOP 4.

2. Änderungssatzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger
(Entschädigungssatzung)
(VL-93/2022)

TOP 5.

Satzung Informationsfreiheitsatzung
(VL-127/2022)

TOP 6.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2021
hier: Aufstellung
(VL-126/2022)

TOP 7.

Investitionsprogramm DigitalPakt-Schule
Beschluss überplanmäßiger Auszahlung bei Haushaltsposition 50.034015 für bauliche Maßnahmen
(VL-115/2022)

TOP 8.

Comenius-Schule Herborn
Einfeld Turnhalle und Schulhof
- Überplanmäßige Auszahlung bei Haushaltsposition 50.226602 in Höhe von 300.000 € -
(VL-125/2022)

TOP 9.

Anmietung Büroflächen Gebäude „C“ Sportparkstraße 20, 35578 Wetzlar (Spilburg), für die
Abteilung 34 (Schulabteilung)
(MI-19/2022)

Sitzungsteil C

TOP 10.

Schließung der Geburtenstation Dill-Kliniken
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 11.07.2022

(A-47/2022)

TOP 11.

Geburtshilfestation in Dillenburg
Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.07.2022
(A-48/2022)

TOP 12.

Resolution zur Main-Weser-Bahn, Mittelhessenexpress und Dillstrecke
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 18.07.2022
(A-49/2022)

TOP 13.

Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Dezember 1998, zuletzt geändert am 19. Februar 2018
(VL-113/2022)

TOP 14.

Neubau Friedrich-Fröbel-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-27/2022)

TOP 15.

Programm zur Ansiedlung von Arztpraxen
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-28/2022)

TOP 16.

Sicherung der Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 24.06.2022
(A-45/2022)

TOP 17.

Unterstützung des Kreiselternbeirates
Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022
(A-29/2022)

TOP 18.

Streichung der DEXT-Stelle
Antrag der AfD-Fraktion vom 22.06.2022
(A-34/2022)

TOP 19.

Akteneinsichtsausschuss "Gefahrenverhütungsschauen an Schulen"
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-37/2022)

TOP 20.

Kaltduschen im Lahn-Dill-Kreis
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-38/2022)

TOP 21.

Parkplatzproblem / Sporthalle an der Theodor-Heuss-Schule
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-39/2022)

TOP 22.
Einschulungsuntersuchungen
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-43/2022)

TOP 23.
Richtigstellung THM Raumlüfter
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-40/2022)

TOP 24.
Solar-Carports
Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022
(A-41/2022)

TOP 25.
Erstellung einer Werbekampagne für die ÖPNV-Nutzung an weiterführenden Schulen
Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 24.06.2022
(A-46/2022)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

Vorsitzender Volkmann (CDU) eröffnet die 9. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Abgeordneten, Landrat Wolfgang Schuster, den Ersten Kreisbeigeordneten Roland Esch, den Hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Stephan Aurand, die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber und Prof. Dr. Harald Danne und die weiteren ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten. Weiter begrüßt er den Vertreter der Medien, Herrn Linker, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Verwaltung sowie Zuhörerinnen und Zuhörer. Ganz besonders begrüßt er die Schülerinnen und Schüler einer Schulklasse der Theodor-Heuss-Schule.

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Er weist auf die Videoaufzeichnung der Sitzung hin und bittet um Mitteilung, wenn die Aufzeichnung von Redebeiträgen nicht gewünscht werde. Zu der Sitzung sei mit Schreiben vom 30 Juni 2022 form- und fristgerecht eingeladen worden. Die Beratungsunterlagen für diese Sitzung seien mit der Einladung versandt worden. Ein Teil der Abgeordneten habe die Beratungsunterlagen auf eigenen Wunsch digital erhalten. Die amtliche Hinweisbekanntmachung der Kreistagssitzung in der Wetzlarer Neuen Zeitung mit Nebenausgaben für das Kreisgebiet sei am 14. Juli 2022 erfolgt. Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 6. Juli 2022 für die auf der Tagesordnung stehenden Beratungspunkte und für den Sitzungstermin sein Benehmen hergestellt.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass die Mitglieder des Ältestenrates übereingekommen seien, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 wegen gleicher Thematik gemeinsam aufzurufen und zu beraten, jedoch getrennt abzustimmen. Gleiches gelte für die noch aufzurufenden Dringlichkeitsanträge gleicher Thematik, sofern sie auf die Tagesordnung aufgenommen würden. Zur Struktur der Sitzung erläutert er, dass man im Ältestenrat übereingekommen sei, die Sitzung in A-, B- und C-Teile zu gliedern. Der A-Teil erhalte monologische Elemente. Der B-Teil würden

Tagesordnungspunkte enthalten, für die der Ältestenrat keine Notwendigkeit der Aussprache gesehen habe. Im C-Teil befänden sich Tagesordnungspunkte mit Aussprachebedarf. Die Einordnung in Sitzungsteile könne auf Antrag eines einzelnen Abgeordneten verändert werden. Widerspruch gegen die Anwendung dieses Verfahrens ergibt sich auf ausdrückliche Nachfrage nicht.

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass auf Antrag der CDU-Fraktion der Tagesordnungspunkt 5 von Sitzungsteil B in Sitzungsteil C (TOP 11) verschoben werde. Weitere Anträge in Bezug auf die Einordnung in Sitzungsteile werden nicht vorgebracht.

Dringlichkeitsantrag Resolution Kreißsaal der AfD-Fraktion

Abgeordnete Niggemann (AfD) begründet die Dringlichkeit mit der für den Folgetag anberaumten Sitzung des Aufsichtsrates der Lahn-Dill-Klinken, in der eine finale Entscheidung anstehe.

Abgeordnete Kunz (SPD) spricht gegen die Dringlichkeit, da die Schließung des Kreißsaales keine politische Entscheidung sei, sondern eine rechtliche Frage, die die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung betreffe.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Da namentliche Abstimmung seitens der AfD-Fraktion gewünscht wird, ruft er die Abgeordneten namentlich zu Stimmabgabe auf:

Abstimmungsergebnis (Siehe Anlage)

Notwendige 2/3 Mehrheit nicht erreicht und damit abgelehnt

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten und dem seiner Fraktion ab. Man bejahe die Dringlichkeit aller drei Anträge zur Geburtshilfe angesichts der Demonstration von Bürgerinnen und Bürgern vor dem Gebäude der Kreisverwaltung, die eine Diskussion erwarteten.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) gibt ebenfalls eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten und dem seiner Fraktion ab. Die inhaltliche Debatte zu den Dringlichkeitsanträgen von CDU und DIE LINKE solle umfänglich erfolgen. Der AfD-Fraktion wolle man wegen ihrer Einstellung zur Demokratie keinen Raum einräumen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) sieht beide Wortmeldungen nicht als persönliche Erklärung im Sinne der Geschäftsordnung an, sondern als politisches Statement, was er rügt.

Dringlichkeitsantrag Schließung der Geburtenstation der Dill-Kliniken der CDU-Fraktion

Abgeordneter Deusing (CDU) begründet die Dringlichkeit mit der anstehenden Aufsichtsratssitzung der Lahn-Dill-Klinken. Die politische Diskussion solle nicht in dieses Gremium verschoben werden.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Dringlichkeitsantrag Resolution zur Main-Weser-Bahn, Mittelhessenexpress und Dill-Strecke der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP

Der Antrag wird seitens der Beteiligten als gemeinsamer Antrag der genannten Fraktionen zusammengeführt.

Abgeordneter Irmer (CDU) begründet die Dringlichkeit stellvertretend für alle antragstellenden Fraktionen mit der Vollsperrung ab 9. Juli. Er bedankt sich bei den Mitgliedern des Fahrgastbeirates für deren Arbeit.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Dringlichkeitsantrag Resolution Aussetzung Flächenstilllegung der AfD-Fraktion

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) begründet die Dringlichkeit damit, dass die Thematik in den nächsten Wochen im Ministerrat und der Kommission in Brüssel beraten werde. Die Entscheidung über Aussaat oder Stilllegung der Flächen stehe kurzfristig an.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Mulch (AfD) wegen der Verwendung des Wortes „Witzfigur“ in einem Zwischenruf zur Ordnung.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) sieht den Kreistag als unzuständig an. Die Thematik sei im Übrigen bereits vor Wochen im Landtag diskutiert worden und damit nicht dringlich.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

8 Ja-Stimmen (7 AfD, 1 fraktionslos)

61 Nein-Stimmen (21 CDU, 16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 1 DIE LINKE, 2 fraktionslos)

0 Enthaltungen

Vorsitzender Volkmann (CDU) fasst zusammen, dass die Dringlichkeitsanträge zur Geburtshilfestation in Dillenburg als Tagesordnungspunkte 11 und 12 zur gemeinsamen Beratung auf die Tagesordnung genommen würden. Der Dringlichkeitsantrag zur Main-Weser-Bahn, Mittelhessenexpress und Dill-Strecke werde zu Tagesordnungspunkt 13, der Beschluss des Kreisausschusses zu den Schulbezirken schließe sich an.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Sie gilt somit als genehmigt.

Sitzungsteil A

Zu TOP 1.

Mitteilungen des Kreisausschusses und des Kreistagsvorsitzenden

Facebookseiten von Behörden

Landrat Schuster (SPD) berichtet von einer Empfehlung des Hessischen Datenschutzbeauftragten an die Behörden, den Facebookauftritt einzustellen. Als Kommune werde man sich in enger Abstimmung mit dem Hessischen Innenminister an Regelungen des Landes halten und den Facebookauftritt vorerst nicht einstellen.

Corona

Landrat Schuster (SPD) informiert über die aktuellen Datenlage.

Ukraine

Landrat Schuster (SPD) berichtet von hohen Anforderungen an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angesichts der überlappenden Krisen. Man habe zwischenzeitlich 4.200 Menschen aufgenommen. Er bedankt sich bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die Menschen in ihren Wohnungen aufgenommen hätten. Die erkennungsdienstliche Erfassung der Menschen über die Ausländerbehörden laufe. Weiter berichtet er von einer humanitären Spendenaktion an die Ukraine auf Anfrage des Partnerlandkreises Grodzisk in Polen. Wegen einer Anfrage auf Unterstützung

durch einen Rettungswagen für die Ukraine sei er im Gespräch mit den Hessischen Sozialministerium. Vertreter des Partnerlandkreises seien auch zu Gast beim Ochsenfest gewesen.

Energiepolitische Gesprächsrunde

Landrat Schuster (SPD) informiert über seine Einladung zu einer energiepolitischen Gesprächsrunde am 5. August um 10 Uhr. 70 Schulen des Kreises würden mit Gas versorgt, 26 mit Öl. Im Sinne von Zivil- und Bevölkerungsschutz bereite man sich zusammen mit allen Akteuren für den Fall vor, dass im Winter nicht ausreichend Gas geliefert werden könne. Er nennt die Einrichtung von mit Öl beheizten Wärmezentralen, in denen auch geduscht werden könne, und die Aufrechterhaltung des Betriebes von Pflegeheimen.

Einladung des Partnerlandkreises in Polen

Landrat Schuster (SPD) berichtet von einer Einladung des Partnerlandkreises in Polen für einen Besuch des Kreisausschusses in der Zeit vom 1. bis 4. September. Wenn die Corona-Lage es erlaube, werde man die Reise unternehmen. Der Kreistagsvorsitzende sowie die ehemaligen Kreisausschussmitglieder der vergangenen Wahlperiode seien ebenfalls eingeladen, teilzunehmen.

Mittagspause

Vorsitzender Volkmann (CDU) lädt die Abgeordneten und Mitglieder des Kreisausschusses zu einem Mittagessen in der Mittagspause ein, die etwa um 12:30 Uhr beginnen werde.

Zu TOP 2. Fragestunde

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) stellt folgende Frage:

Welcher Zeitaufwand war nötig, um das Video in der von Herrn Esch gewünschten Form herzustellen und welche Kosten sind dadurch entstanden?

Zusatzfrage:

Warum wird Abstand zum Kreistagsvorsitzenden gehalten?

Landrat Schuster (SPD) verweist darauf, dass jeder das Recht habe, seinen Beitrag ausschneiden zu lassen. Der Vorgang habe zweieinhalb Stunden Arbeit gekostet und 145 €.

Zu TOP 3.

Wahl je einer sachkundigen Person als Mitglied und stellvertretendes Mitglied der Frauen- und Gleichstellungskommission auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Vorsitzender Volkmann (CDU) teilt mit, dass seitens der AfD-Fraktion nach der nicht erfolgten Wahl eines Mitgliedes in den letzten Kreistagssitzungen erneut einen Wahlvorschlag für eine sachkundige Person und stellvertretende sachkundige Person für die Frauen- und Gleichstellungskommission, nach dem Beschluss des Kreisausschusses vom 24.11.2021, eingereicht worden sei.

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Bellinghausen, Ingelore

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Frauenorganisation:

Mulch, Esther

Seitens der AfD-Fraktion habe man im Ältestenrat geäußert, dass der offenen Abstimmung widersprochen und geheime Wahl gewünscht werde. Es sei daher ein Wahlvorstand zu bilden. Die Fraktionen hätten dafür im Ältestenrat bereits je ein Mitglied vorgeschlagen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) bittet den Wahlvorstand, die Wahlen durchzuführen. Die AfD-

Fraktion sei nicht damit einverstanden, dass während der Wahlhandlung mit der Sitzung fortgefahren werde. Er unterbricht daher die Videoaufzeichnung und die Sitzung für die Wahlhandlung. Die Abgeordneten werden zur Wahl aufgerufen. Nach Abschluss der Auszählung schließt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Wahlvorgang, fährt mit der Videoaufzeichnung fort und

verkündet das Wahlergebnis:

Sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Bellinghausen, Ingelore

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: 48

Stimmenthaltungen: 5

Stellvertretende sachkundige Person auf Vorschlag der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis für Mulch, Esther:

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen: 49

Enthaltungen: 5

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass die seitens der AfD-Fraktion vorgeschlagenen Personen nicht als sachkundige Person bzw. stellvertretende sachkundige Person gewählt worden seien. Die Positionen blieben daher unbesetzt.

Sitzungsteil B

Zu TOP 4.

2. Änderungssatzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger
(Entschädigungssatzung)

VL-93/2022

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die als Anlage beigefügte 2. Änderungssatzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger (Entschädigungssatzung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 5.

Satzung Informationsfreiheitssatzung

VL-127/2022

Beschluss:

Die als **Anlage 1** beigefügte Satzung zur Regelung des Zugangs zu amtlichen Informationen des Lahn-Dill-Kreises (Informationsfreiheitssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 6.

Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises für das Haushaltsjahr 2021

hier: Aufstellung

VL-126/2022

Inhalt der Mitteilung:

1. Der als Anlage beigefügte Jahresabschluss des Lahn-Dill-Kreises zum 31.12.2021 wird gem. § 112 HGO i. V. m. § 52 Abs. 1 HKO aufgestellt und der Abteilung Revision zur Prüfung vorgelegt.
2. Der Jahresabschlussbericht 2021 wird dem Kreistag und dem RP Gießen zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Zu TOP 7.

Investitionsprogramm DigitalPakt-Schule
Beschluss überplanmäßiger Auszahlung bei Haushaltsposition 50.034015 für bauliche Maßnahmen
VL-115/2022

Beschluss:

Der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 und 3 HGO in Verbindung mit § 99 Abs. 1 HGO sowie § 52 Abs. 1 HKO zur Umsetzung von im Rahmen des Förderprogrammes DigitalPakt-Schule nicht förderfähigen Umbaumaßnahmen in Höhe von 700.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 8.

Comenius-Schule Herborn
Einfeld Turnhalle und Schulhof
- Überplanmäßige Auszahlung bei Haushaltsposition 50.226602 in Höhe von 300.000 € -
VL-125/2022

Beschluss:

Der Leistung überplanmäßiger Auszahlungen gemäß § 100 Abs.1 und 3 HGO i. V. m. § 99 Abs. 1 HGO sowie § 52 Abs. 1 HKO für Haushaltsposition 50.226602 Einfeld-Turnhalle und Schulhof Comenius-Schule Herborn in Höhe von 300.000 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, o Enthaltungen

Zu TOP 9.

Anmietung Büroflächen Gebäude „C“ Sportparkstraße 20, 35578 Wetzlar (Spilburg), für die
Abteilung 34 (Schulabteilung)
MI-19/2022

Inhalt der Mitteilung:

Der Kreisausschuss hat die Anmietung des Gebäudes „C“ Sportparkstraße 20, 35578 Wetzlar, von der Volksbank Mittelhessen eG voraussichtlich ab 1. Quartal 2023, frühestens jedoch ab 01.03.2023, befristet bis zum 31.03.2031 für die Schulabteilung des Lahn-Dill-Kreises beschlossen.

Sitzungsteil C

Zu TOP 10.

Schließung der Geburtenstation Dill-Kliniken
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 11.07.2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft die Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur gemeinsamen Beratung auf.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) stellt fest, dass das Thema Emotionen wecke und Betroffenheit erzeuge. Seine Fraktion habe sich von der Plötzlichkeit der Entscheidung überrascht gezeigt. Es sei nicht neu, dass Ärzte älter würden und die Entwicklung sei daher absehbar gewesen. Es stehe außer Frage, dass alles dafür getan werden müsse, dass man auch weiterhin eine Geburtsstation in Dillenburg habe und dass weiterhin Geburten in Dillenburg möglich seien. Er gesteht ein, dass es schwerer geworden sei, ärztliches Personal zu finden und zu binden, so dass man kämpfen müsse. Die Klinikleitung sei daher aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie der Erhalt möglich sei und welche Alternativen bestünden.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) hält eine Entbindungsstation für die Gesundheitsversorgung im nördlichen Kreisgebiet für zwingend erforderlich. Weitere Fahrten für Gebärende brächten sonst Mutter und Kind in Gefahr. Er stellt infrage, ob die Klinik wirklich mit Nachdruck neue Ärzte gesucht habe. Für ihn sei klar, dass die Klinik inkompetent handle und spricht von einem Fachkräftemangel im Aufsichtsrat.

Landrat Schuster (SPD) verspricht, dass man im Aufsichtsrat alle Optionen prüfen und nicht das Fallbeil fallen lassen werde. Die Ergebnisse werde er in der Septembersitzung des Sozialausschusses oder einer Sondersitzung bekannt geben. Voraussetzung für einen Erhalt sei, dass man ausreichend Fachpersonal habe. Er verweist zudem auf Haftungsfragen. Man müsse dazu in der Lage sein, innerhalb von 10 Minuten wirksam zu helfen. 2017 habe ein bundesweiter Qualitätsscheck der Geburtshilfe der Dillenburger Klinik ein ungenügendes Ergebnis attestiert, weil ein Belegarzt 20 Minuten bis zu einem Kaiserschnitt gewartet hatte und das Kind tot geboren worden sei.

Abgeordnete Hermann (AfD) nennt die beabsichtigte Schließung ein absolutes Unding. Der Lahn-Dill-Kreis verliere damit auch an Attraktivität für junge Familien. Sie fragt, ob die Klinikleitung alles getan habe, vorhandene Ärzte zu halten und nicht nur neue zu gewinnen. Verschiedene Ansätze zur Lösung würden geprüft. Letztlich müsse man aber eine Lösung wollen, damit es gelinge.

Abgeordnete Klement (B90/Die Grünen) sieht die Geburtsstation als extrem wichtig für Dillenburg und den Nordkreis an. Man müsse alles tun, sie am Leben zu halten. Sie plädiert dafür, das breite Spektrum für den Ablauf von Geburten auch den Kindern ortsnah anbieten zu können. Geburten seien schließlich keine Krankheit, sondern ein natürlicher Vorgang. Sie kritisiert das Gesundheitssystem, das krank sei. Die Rahmenbedingungen stimmten nicht. Schließlich stünde man nun mit dem Rücken an der Wand in einer nahezu ausweglosen Situation, Belegärzte gewinnen zu müssen.

Abgeordneter Deusing (CDU) führt an, dass Struktur- und Prozessqualität bereits seit längerem in Frage gestellt worden seien. Daher wolle man wissen, was zwischenzeitlich passiert sei. Er kritisiert, dass bislang noch keine Alternativen geprüft worden seien, auch nicht in Gesprächen mit dem Hessischen Sozialministerium. Er erweitert den Dringlichkeitsantrag im Namen seiner Fraktion um Punkt 2.

Abgeordnete Kunz (SPD) stellt fest, dass es keine politische Entscheidung gewesen sei, die Geburtsstation zu schließen und auch keine strategische Entscheidung. Es sei vielmehr eine rechtliche Frage gewesen. Wenn etwas schief laufe und kein Arzt oder keine Ärztin da sei, bestehe eine große Gefahr für Mütter und Kinder, was niemand wolle. Sie habe bei der Entscheidung großes Vertrauen in die Geschäftsführung der Klinik und den Aufsichtsrat und insbesondere dessen Vorsitzenden. Schließlich hoffe sie, dass man noch Belegärzte finden werde.

Abgeordnete G. Esch (FWG) begrüßt die Proteste vorm Kreishaus. Das Team der Geburtshilfestation des Klinikums in Dillenburg setzten sich zurecht für den Erhalt und damit auch für alle jungen Frauen im Lahn-Dill-Kreis mit einem Kinderwunsch ein. Damit es in Dillenburg weitergehe, sei es aber essenziell, Belegärzte zu finden, die die Versorgung gewährleisten. Der Kreis müsse daher attraktiver Standort für Ärztinnen und Ärzte werden.

Abgeordneter Dette (FDP) stellt voran, dass seine Fraktion alle Bemühungen zum Erhalt der Geburtsstation unterstütze. Alle Optionen sollten auf die Tagesordnung kommen, um zu klären, ob es einen realistischen Weg dafür gebe. Er merkt an, dass sich das Einzugsgebiet der Dillenburger Klinik mit der Schließung der Geburtsstation in Biedenkopf vergrößert habe. Daher trage man mit der Entscheidung auch Verantwortung für die Versorgungslage im Nachbarkreis. Aber es nützte nichts, wenn man einfach einen Beschluss für den Erhalt treffe, personelle und sachliche Voraussetzungen jedoch nicht sicherstellen könne.

Abgeordneter Mulch (AfD) hätte in einer klaren Positionierung des Kreistages für den Erhalt der Geburtshilfe am Standort Dillenburg ein wichtiges politisches Signal gesehen.

Abgeordneter J.-M. Müller (CDU) stellt richtig, dass entgegen der Aussagen im Fachausschuss die akademisierte Hebammenausbildung an der THM und an den Hochschulen in Fulda und Frankfurt stattfinde und nicht an den Hochschulen, an denen Medizin studiert werde. Es gebe 14,2 Plätze.

Abgeordneter Volkmann (CDU) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert einen umfassenden Sachstandsbericht zur Situation der Geburtshilfestation der Dill-Kliniken abzugeben. Dabei ist explizit darzustellen, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um die Belegarztstelle zu besetzen und warum bei der Absehbarkeit der Problematik nicht bereits früher Anstrengungen unternommen wurden, um den Betreiber des Kreißaals aufrecht erhalten zu können.
2. Der Kreistag fordert den Aufsichtsrat des Lahn-Dill-Kliniken GmbH in der Aufsichtsratssitzung am 19.07.2022 keinen Beschluss zur Schließung der Geburtsstation zum 31.12.2022 zu treffen. Dem steht nicht entgegen, Gespräche mit dem Sozialministerium über alternative Fortführungsoptionen für eine Geburtsstation in Dillenburg zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 11.

Geburtshilfestation in Dillenburg
Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.07.2022
A-48/2022

Zur Diskussion siehe TOP 10

Abgeordneter Volkmann (CDU) ruft den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung auf:

Beschluss:

Der Kreistag bittet den Landrat Wolfgang Schuster, sich in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Lahn-Dill-Kliniken dafür einzusetzen, dass in der Aufsichtsratssitzung am 19. Juli noch kein Beschluss über die Schließung der Geburtshilfestation gefasst wird und weiter nach Möglichkeiten zum Erhalt gesucht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Erledigt durch Zustimmung zum Fraktionsantrag A-47/2022

Zu TOP 12.

Resolution zur Main-Weser-Bahn, Mittelhessenexpress und Dillstrecke

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 18.07.2022

A-49/2022

Abgeordneter Berns (FDP) berichtet, dass laufende Gleisbauarbeiten im Bereich Bad Vilbel und Frankfurt zu umfangreichen Umleitungen der Bahnstrecken führten. Die Totalsperrung führe dazu, dass der IC34 in Friedberg ende und der RE30 über Hanau umgeleitet werde. Es handele sich um ein Großbauprojekt, das über mehrere Jahre gehen werde. Den Zeitpunkt für die Vollsperrung halte er jedoch für ungünstig, da er in die Zeit des 9-Euro-Tickets, der hessischen Sommerferien und gestiegener Energiepreise falle. Dies erschwere den Umstieg auf die Schiene.

Abgeordneter Irmer (CDU) bekräftigt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem gemeinsamen Antrag.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag begrüßt, dass vermehrte Anstrengungen zum Ausbau und der Instandhaltung des Bahnnetzes unternommen werden. Für eine Verbesserung der Angebote im ÖPNV wird auch für die Stadt Wetzlar und den Lahn-Dill-Kreis der geplante viergleisige Ausbau zwischen Frankfurt/West und Friedberg eine wichtige Bedeutung haben.

Der Kreistag stellt aber auch fest, dass die aktuellen Arbeiten im Abschnitt Bad Vilbel – Frankfurt/West zu untragbaren Einschränkungen im Schienenverkehr führen. Mehrstündige Verspätungen, Zugausfälle sowie Umleitungen im Fernverkehr und damit der Wegfall von ICE-/IC-Anschlüssen in Gießen. Dies hat bereits jetzt dazu geführt, dass sich Menschen vom ÖPNV abwenden, weil der Lahn-Dill-Kreis für Fernreisende nicht erreichbar scheint und insbesondere Pendler wieder auf den Individualverkehr umsteigen. Mit der achtwöchigen Streckensperrung seit dem 9. Juli besteht die große Sorge, dass sich diese unhaltbaren Zustände noch verschlimmern werden.

Der Kreistag appelliert an den zuständigen Aufgabenträger, den Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und die für den Ausbau verantwortliche Bahn AG, nachdrücklich auf eine sofortige Verbesserung der aktuellen Situation auf der Main-Weser-Bahn hinzuwirken. Der RMV wird aufgefordert, den Baustellenfahrplan und die Abwicklung in Zusammenarbeit mit der Bahn und den bauausführenden Firmen unverzüglich so anzupassen, dass regelmäßige Verbindungen zwischen der Lahn-Dill-Region und Frankfurt garantiert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 13.

Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Dezember 1998, zuletzt geändert am 19. Februar 2018

VL-113/2022

Abgeordnete Lefe`vre (FWG) berichtet von erschöpften räumlichen Kapazitäten wegen gestiegener Schülerzahlen, die neu aufgeteilt werden müssten. Die Kinder aus dem Wetzlarer

Westend sollten daher ab 2023/2024 in der Lotteschule unterrichtet werden. Der Bildungsausschuss empfehle die entsprechende Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken.

Abgeordneter Berns (FDP) berichtet, dass der HFWO die Satzungsänderung ebenfalls empfohlen habe.

Abgeordneter Irmer (CDU) hält es für sinnvoll, die Grundschule Steindorf perspektivisch dreizügig (mit den Kindern aus dem Westend) zu führen. Als Grund führt er an, dass die Grundschule in Steindorf über genügend Fläche für einen Anbau in der Zukunft verfüge. Zum anderen verweist er auf jährlichen Kosten von 60.000 €, die für die Beförderung der Kinder aus dem Westend mit dem Schulbus zur Lotteschule anfielen und eingespart werden könnten. Die Grundschule könne sich dann auch dem Ganztagsprogramm anschließen. Er schlägt daher eine Befristung des Beschlusses auf zwei Jahre vor.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) spricht sich gegen die geforderte Befristung aus. Sie ergebe keinen Sinn, da dann die Schülerinnen und Schüler nach diesem Zeitraum wieder die Schule wechseln müssten. Außerdem sei die Änderung bereits mit dem Staatlichen Schulamt und den Schulen vereinbart und abgestimmt worden. Die Erweiterung der Schule in Steindorf sei jedoch eine zu überlegende Option. Fest stehe, dass die zu beschließende Änderung nicht den Bedarf abdecken werde, der in den kommenden Jahren kommen werde.

Abgeordneter Irmer (CDU) kann sich nicht vorstellen, dass das Schulamt mit der Befristung ein Problem habe.

Abgeordneter Dette (FDP) hält eine statische Befristung für entbehrlich und schlägt vor, dass der Kreistag nach Bericht des Kreisausschusses über die Situation der Schule in zweieinhalb Jahren initiativ eine Änderung des Schulentwicklungsplanes herbeiführen könne.

Landrat Schuster (SPD) schlägt vor, den Schulentwicklungsplan in vorgesehener Form zu beschließen und einen Ergänzungsbeschluss im Sinne der Forderung des Abgeordneten Irmer (CDU) als Punkt zwei hinzuzufügen.

Abgeordneter Brockhoff (Bgo/Die Grünen) hätte sich diese Fachdiskussion im Bildungsausschuss gewünscht.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über die Vorlage Nr. VL-113/2022 abstimmen:

Beschluss:

1. Die Änderung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen im Lahn-Dill-Kreis vom 7. Dezember 1998, zuletzt geändert am 19. Februar 2018 (Anlagen 1 und 2) wird beschlossen.
2. Der Kreisausschuss berichtet nach 30 Monaten über den Zuschnitt der Schulbezirke Steindorf, Albshausen im zuständigen Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 14.

Neubau Friedrich-Fröbel-Schule

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-27/2022

Abgeordnete Sommer (CDU) kritisiert den Plan des Kreisausschusses, die Berufsorientierungsstufe dauerhaft in der Kestnerschule unterzubringen, und nur die übrigen Kinder in den Neubau einziehen zu lassen, da auf diese Weise die Schule auseinandergerissen werde. Es bleibe offen, wo künftig der Sitz der Schulverwaltung sein solle und wo der Sitz des Förderpersonals. Außerdem fehlten in den bisherigen Plänen Puffer für weitere Klassenräume und eine Aula für Schulveranstaltungen. Stattdessen solle die Turnhalle für diese Zwecke genutzt werden. Dort sei dann zeitgleich aber kein Unterricht möglich. Sie macht deutlich, dass gerade Kinder mit Förderbedarf optimale Bedingungen bräuchten.

Abgeordneter Mulch (AfD) bemerkt darauf hin, dass der Ordnungsruf zu Beginn der Sitzung ihm gegenüber zu Unrecht erfolgt sei, da der Zwischenruf nicht von ihm geäußert worden sei. In der Sache spricht er den Antragstellern Professionalität ab, da im Antrag keine Aussagen über die Kosten für den kompletten Neubau gemacht würden. Er beantragt schließlich, Machbarkeit und Kosten eines Neubaus zu prüfen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) sieht Einigkeit darin, dass man sich um optimale Bedingungen für die Fröbelschule kümmern wolle. Dort würden inzwischen 172 Schülerinnen und Schüler in 23 Klassen unterrichtet. Die Schule platze aus allen Nähten und müsse wachsen. Die Schulleitung habe aber auch gesagt, dass mehr als 120 bis 150 Kinder in der Förderschule pädagogisch nicht sinnvoll seien. Er macht deutlich, dass die Zwei-Standort-Lösung von der Schulleitung daher ausdrücklich gewünscht sei. Der Standort Kestnerschule sei außerdem für die Berufsvorbereitung stadtnaher und leichter erreichbar, was für sinnvoll erachtet werde. Zum Bau einer Aula gibt er zu bedenken, dass dies mit erheblichen Mehrkosten verbunden wäre.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) hält den Antrag für sinnlos, da unklar sei, ob ein kompletter Neubau am Standort überhaupt möglich sei. Perspektivisch müsse wegen der Entwicklung der Schülerzahlen nach einem dritten Schulstandort gesucht werden.

Abgeordneter Dette (FDP) hält einen kompletten Neubau für wirtschaftlich nicht vertretbar, denn der erst 2009 errichtete Teilneubau der Schule sei in hervorragendem Zustand und könne weiterhin genutzt werden. Was die Frage der Aula angehe sei es möglich, die geplante Turn- oder Gymnastikhallen baulich so auszustatten, dass sie als Aula multifunktional nutzbar sei. Zeitlich gesehen werde eine Änderung der Pläne eine Verzögerung von zwei Jahren bedeuten. Der Kreis solle die Konzeption weiterverfolgen, die mit der Schulleitung abgestimmt sei.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) ist der Ansicht, dass man dem Redebeitrag der Abgeordneten Sommer (CDU) ein größeres Gewicht beimessen müsse, da sie auch Vertreterin der Elternbeiräte sei. Er wolle daher ein politisches Statement für die Schulgemeinde als Ganzes abgeben. Obergrenzen seien zu diskutieren und würden ggfs. für die Errichtung eines dritten Schulgebäudes sprechen. Mit den bisherigen Plänen befinde man sich auf dem Holzweg. Daher solle man einen alternativen Weg einschlagen.

Abgeordnete Green (B90/Die Grünen) sieht dringenden Handlungsbedarf. Man müsse etwas tun, um neue Kapazitäten für die Fröbelschule zu erlangen. Der Standort Kestnerschule sei ein guter Ort, um Inklusion sichtbar zu machen und in die Stadtgesellschaft einzubringen. Für einen kompletten Neubau, wie beantragt, brauche es jedoch einen anderen Standort, der dann voraussichtlich in Randgebieten der Stadt liegen werde. Sie plädiert dafür, den Wünschen der Schulleitung zu entsprechen.

Abgeordnete Kunz (SPD) lobt, die exzellente pädagogische Arbeit an der Fröbelschule. Sie verweist darauf, dass das Konzept der zwei Standorte sehr eng mit dem Staatlichen Schulamt und der Schulgemeinde abgestimmt sei und von der Schulexpertise als sinnvoll erachtet werde. Die Schulgemeinde möge ihren Standort mittendrin, daher wolle sie die Planungen unterstützen.

Schließlich werde auf diese Weise auch die familiäre Atmosphäre, die pädagogisch sinnvoll sei, erhalten. Die Umsetzung müsse nun schnell gehen.

Abgeordneter Irmer (CDU) schließt sich der Abgeordneten Sommer (CDU) in Bezug auf ihre Aussagen zu Räumlichkeiten, Pädagogik und Logistik an, da sie über interne Kenntnisse über die Schullandschaft verfüge. Eine Schule auf drei Standorte zu verteilen, halte er nicht für pädagogisch sinnvoll. Nur einen Standort wünsche sich auch die Schulleitung, wie gegenüber seiner Fraktion geäußert worden sei. Hinzu komme, dass entsprechende Parkmöglichkeiten geschaffen werden müssen, um die aktuelle Verkehrsproblematik zu beheben.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert die Friedrich-Fröbel-Schule komplett neu zu bauen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

23 Ja-Stimmen (CDU)

46 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 6 AfD, 3 fraktionslos)

1 Enthaltungen (AfD)

Danach lässt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** über den Alternativantrag der AfD-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich dagegen

30 Ja-Stimmen (22 CDU, 7 AfD, 1 fraktionslos)

39 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 2 fraktionslos)

1 Enthaltungen (CDU)

Zu TOP 15.

Programm zur Ansiedlung von Arztpraxen

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-28/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft die Tagesordnungspunkte 15 und 16 gemeinsam zur Beratung auf.

Abgeordneter L. Müller (CDU) sieht in dem Breitscheider Modell ein Leuchtturmprojekt, das sich viele Kommunen wünschten. Der Kreis könne da koordinierend tätig werden und die Bestrebungen unterstützen. Es sei wichtig, attraktive Rahmenbedingungen für junge Ärzte im Lahn-Dill-Kreis zu schaffen. Deshalb solle der Kreis darüber nachdenken, Medizinstipendien auszuschreiben. Die im Sozialausschuss dazu geäußerten Bedenken hinsichtlich der Finanzierung teilt er nicht, da es nur um diejenigen gehe, die aus dem Lahn-Dill-Kreis stammten und sich dort niederlassen wollten. Eine Ausschreibung auf Kreisebene würde zudem verhindern, dass bei Ausschreibungen auf Ebene der Städte und Gemeinden Konkurrenzdruck entstehe.

Abgeordneter Dr. Sattler (B90/Die Grünen) verdeutlicht die Altersproblematik. Man habe im Kreis ungefähr 170 Hausärztinnen und Hausärzte mit einem Altersschnitt von 60 Jahren. Bis 2025 müssten etwa die Hälfte aller Praxen nachbesetzt werden. Aus seiner Sicht sei es kurzfristig sinnvoll, zu versuchen, Praktizierende aus anderen geografischen Regionen abzuwerben. Die Bedingungen dafür seien gut, denn die Kliniken würden ein breites Spektrum möglicher Behandlungen anbieten

und es gebe ein gutes Netz an Haus- und Fachärzten, auf das man zugreifen könne. In eine Werbekampagne müssten dann alle Akteure einbezogen werden. Auch wenn strukturelle Änderungen notwendig seien, brauche es jedoch weiterhin einen Ansprechpartner vor Ort. Der Einführung von Medizinstipendien stehe er wegen der hohen Kosten und des Risikos, dass die Betroffenen doch nicht im Kreisgebiet bleiben, skeptisch gegenüber.

Abgeordneter Dette (FDP) sieht eine große Herausforderung der Gesundheitsversorgung gerade im ländlichen Raum. Das System einer Praxisversorgung über selbstständig niedergelassene Ärzte solle man jedoch nicht antasten. Teil der Problematik sei, dass die immer weiblicher werdende Ärzteschaft meistens nicht die Gründung eines selbstständigen Praxisbetriebes anstrebe. Zum Breitscheider Modell sagt er, dass man über das Landarztnetz bereits ein funktionierendes Modell habe, das dieselben Möglichkeiten anbiete und genutzt werden könne. Dazu müsse man es über die beantragte Werbekampagne bekannt machen. Medizinstipendien seien nicht sinnvoll, da die Richtung in der fachlichen Ausbildung nicht vorgegeben sei.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) macht deutlich, dass der gesetzliche Auftrag im Bereich der ambulanten Versorgung bei der kassenärztlichen Vereinigung liege. Er verdeutlicht, dass das Modell in Breitscheid kein Patentrezept sei, da die Bedingungen in jeder Stadt oder Gemeinde anders lägen. Stattdessen solle eine professionelle, medienübergreifende Werbekampagne für medizinisches Personal ausgearbeitet und durchgeführt werden. Zur Ausbildung sagt er, dass von allen Fachrichtungen nur die Fachärztin der Allgemeinmedizin die Weiterbildungsberechtigung habe, so dass dieser Bereich verstärkt werden müsse.

Abgeordneter Dr. Rauber (SPD) bezieht sich auf die Fachausschusssitzung in der festgestellt worden sei, dass man als Kreis wenige eigene Möglichkeiten habe, ärztliches Personal etwa durch Medizinstipendien oder auf andere Weise zu gewinnen und zu halten. Er betont, dass die ambulante gesundheitliche Versorgung grundsätzlich durch die kassenärztliche Vereinigung sicherzustellen sei. Auch von dort würde Ansiedlungsförderung betrieben. Er verweist weiter auf die vier Empfehlungen des Sozialausschusses, die in der Niederschrift zur Sitzung festgehalten worden seien.

Abgeordnete G. Esch (FWG) sieht die Notwendigkeit für strukturelle Veränderungen und eine langfristige Strategie im Gesundheitsbereich. Hierzu sei Werbung wichtig sowie die Weiterbildung zum Allgemeinmediziner. Medizinstipendien halte sich nicht für zielführend. Das weitere Vorgehen solle im Fachausschuss bestimmt werden.

Landrat Schuster (SPD) führt zum Breitscheider Modell an, dass man viele Beteiligte vor Ort gehabt habe, die an einem Strang gezogen hätten. Er halte das für vorbildlich. Das Modell sei aufgrund seiner Einzigartigkeit in der Struktur jedoch nicht überall anwendbar. Nur wenn Beteiligte aufstünden und nach einer Lösung vor Ort suchten, habe man eine Chance, das Problem zu lösen.

Abgeordneter Braun (CDU) bestätigt, dass das Breitscheider Modell nur drei Kilometer weiter nicht passen könne, weil die Rahmenbedingungen anders seien. Er stellt den Antrag, die Diskussion im Sozialausschuss zu führen und beide Anträge zur nicht endgültigen Beratung zu verweisen. Er fragt nach der Mittelverwendung für die 100.000 €, die im Rahmen der Werbekampagne veranschlagt werden sollten.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung. Man habe bereits eine Stunde über dieses Thema gesprochen, so dass er den Verweis in einen Ausschuss mit anschließender Rückkehr in den Kreistag für ineffizient halte.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag auf Verweis beider Anträge in den Sozialausschuss zur nicht endgültigen Beratung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

31 Ja-Stimmen (23 CDU, 6 AfD, 1 DIE LINKE, 1 fraktionslos)

38 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 1 fraktionslos)

1 Enthaltungen (1 FWG)

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt schließlich über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, gemeinsam mit den Lahn-Dill-Kliniken ein Programm zur Ansiedlung von Arztpraxen in den Kommunen des Lahn-Dill-Kreises nach dem „Breitscheider Modell“ zu entwickeln.

1. Dazu wird der Kreisausschuss zunächst:

- a. die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden des Lahn-Dill-Kreises gemeinsam mit den betroffenen Kommunen aufarbeiten und die Ärzte nach Fachgebieten, Alter des Betreibers/der Betreiberin und der lokalen Zuordnung auflisten und kartieren.
- b. eine Stellungnahme der kassenärztlichen Vereinigung zur Situation und den Zukunftsplanungen der KV in den einzelnen Regionen einholen.
- c. in den zuständigen Ministerien die Voraussetzungen und Möglichkeiten kommunaler medizinischer Versorgungszentren abzuklären und soweit dies nicht umsetzbar erscheint, derartige Zentren mit den Lahn-Dill-Kliniken vorzubereiten.
- d. gemeinsam mit den Lahn-Dill-Kliniken ein Personaltableau zu entwickeln welches sowohl bei der Koordination in Kommunen als auch bei Investoren und Ärzten sowie eine Umsetzung des Programms begleiten.

2. Der Kreisausschuss wird nach Erledigung und Bericht und Diskussion von Ziff. 1, die sich aus dem Bericht und den Vorbereitungen des Ansiedlungsprogramms gemeinsam mit den Lahn-Dill-Kliniken in den beteiligten Kommunen durch Errichtung oder Begleitung von MVZ und deren Ansiedlung in Investorenobjekten (gleich ob privat oder öffentlich) ergeben, die Ansiedlung und Schaffung von lokalen ärztlichen Praxiseinheiten ermöglichen.

3. Der Kreisausschuss wird über die Entwicklung des Programmes nach Ziffer 1 vierteljährlich und über den Vollzug des Programmes halbjährlich im zuständigen Ausschuss berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

30 Ja-Stimmen (23 CDU, 6 AfD, 1 fraktionslos)

37 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP)

3 Enthaltungen (1 DIE LINKE, 1 fraktionslos, 1 FWG)

Zu TOP 16.

Sicherung der Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der Fraktionen SPD, B90/Die Grünen, FWG und FDP vom 24.06.2022

A-45/2022

Zur Diskussion siehe TOP 15

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, eine professionelle, medienübergreifende Werbekampagne für medizinisches Personal ausarbeiten und durchführen zu lassen. Zielgruppe ist ärztliches und nicht-ärztliches Personal, das bereit ist, sich an der Gesundheitsversorgung im Lahn-Dill-Kreis zu beteiligen. Entsprechende Akteure (z. B. ANR, Landarztnetz, Kassenärztliche Vereinigung, Abteilung Gesundheit, im LDK ansässige

Krankenhäuser) sind zu beteiligen.

Mit diesen Akteuren soll eine langfristige kommunale Gesundheitsstrategie erarbeitet werden, die regelmäßig im Kreistag bzw. dem zuständigen Sozialausschuss diskutiert und abgestimmt wird. Diese beinhaltet u.a. die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung auch mit veränderten Strukturen. Bereitstehende Fördermittel des Landes werden entsprechend genutzt.

Die Entwicklung dieser Strategie soll insbesondere auch die Stärkung des Weiterbildungsverbundes zur Zielsetzung von zusätzlichen Qualifizierungs- und Ausbildungsplätzen darstellen.

Zur Umsetzung wird im vermutlich zu erstellenden Nachtragshaushalt 2023 ein Betrag von zunächst 100.000 € eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 0 Enthaltungen

Zu TOP 17.

Unterstützung des Kreiselternbeirates

Antrag der CDU-Fraktion vom 02.05.2022

A-29/2022

Abgeordneter F. Steinraths (CDU) stellt die Aufgaben und die wichtige Funktion des Kreiselternbeirates dar. Aus Gesprächen wisse man, dass der Kreiselternbeirat ein eigenes Konto benötige, sowie ein Büro mit EDV-Ausstattung und Internet-Anschluss.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) teilt ausdrücklich die Wertschätzung des Kreiselternbeirates und verspricht alles zu tun, was möglich sei. Es sei jedoch schwierig, dem Kreiselternbeirat ein eigenes Konto zu eröffnen, da gesetzliche Regelungen entgegenstünden. Er stellt einen Antrag auf Verweis in den Bildungsausschuss zu abschließender Beratung.

Abgeordneter Wagner (AfD) sieht die Bedingungen des Kreiselternbeirates nicht als verbesserungsbedürftig an. Die geforderten Bedingungen würden keine erkennbare Verbesserung der guten Arbeit des Kreiselternbeirates bewirken.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) verweist auf eine positive Zusammenarbeit mit dem Kreiselternbeirat. Die Erstattung von Aufwendungen erfolge per Überweisung. Wegen der fehlenden Rechtspersönlichkeit könne jedoch kein eigenes Konto eingerichtet werden. Da die Vorsitzenden wechseln würden, stelle sich außerdem die Frage, wo Büroräume sinnvollerweise eingerichtet werden könnten.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) unterstützt die beantragten Forderungen, da die Arbeit des Kreiselternbeirates gestärkt werden müsse. Es sei für ihn auch eine Frage der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

Abgeordneter Brockhoff (B90/Die Grünen) hält es für dringend geboten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Er stellt sich vor, dass der Kreis mehr tun könne, als ein Konto und ein Büro zur Verfügung zu stellen. Er bekräftigt daher den Antrag auf Verweis in den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.

Abgeordneter Irmer (CDU) stimmt dem zu.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Geschäftsordnungsantrag auf Verweis in den Bildungsausschuss zur endgültigen Beschlussfassung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltung

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass der Antrag zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss verwiesen worden sei.

Zu TOP 18.

Streichung der DEXT-Stelle

Antrag der AfD-Fraktion vom 22.06.2022

A-34/2022

Abgeordneter Mulch (AfD) ist der Ansicht, eine funktionierende Demokratie hätte die Veranstaltung eines Demokratiebusses oder von DEXT-Stellen nicht nötig. Die Stelle werde letztendlich genutzt, um Andersdenkende auszugrenzen. Schließlich verweist er auf die verursachten Personalkosten, die eingespart werden könnten und bezieht sich auf das Schreiben des RP zur Haushaltsgenehmigung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) gesteht das Recht ein, scharf polemisierend aufzutreten. Man verzeichne jedoch seit mehreren Sitzungen sich wiederholende rhetorische Entgleisungen und charakterliche Verunglimpfung von Mitgliedern des Kreistages, die jeder Sachlichkeit entbehrten. Er schlägt vor, die politische Auseinandersetzung in einer Form zu pflegen, dass man sich anschließend noch in die Augen sehen könne. Er rügt den Abgeordneten Mulch für die wiederholte Verwendung des Begriffes „Journaille“.

Abgeordneter Böcher (SPD) trägt vor, dass die DEXT-Stellen für Extremismus-Prävention stünden. Es sei nicht verwunderlich, dass dies der Partei des Vorredners nicht gefalle. Demokratie und Prävention seien wichtige Grundpfeiler der freiheitlich demokratischen Grundordnung, so dass man die Stellen erhalten wolle. Innerhalb Hessens beteiligten sich inzwischen 30 Kommunen an diesem Programm, was für sich spreche.

Abgeordnete Dr. Rinn (Bgo/Die Grünen) stellt fest, dass sich die Begründung des Antrages überhaupt nicht mit den Aufgaben und Arbeiten der DEXT-Stelle befasse, sondern lediglich mit behaupteten Versäumnissen der dort tätigen Personen. Sie sei damit fadenscheinig.

Abgeordneter Dr. Viertelhausen (FWG) teilt mit, dass der Antrag nahezu wortgleich in der Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung gestellt worden sei. Er sei der Ansicht, was man durch Vorbeugung verhindern könne, müsse man nicht später aufwendig durch das Strafrecht korrigieren. Dies sei auch das Ziel der DEXT-Stelle. Letztlich rufe man mit der Stelle in Erinnerung, was Demokratie wert sei.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD): „Wirkliche Demokratie findet nur dort statt, wo es keine gleichgeschaltete Presse gibt. Und genau das ist unser Problem.“ Auf die Frage des Abgeordneten Grüger (SPD), ob er richtig verstanden habe, dass er die Presse für gleichgeschaltet halte, antwortet der Abgeordnete Bellinghausen (AfD), dass er richtig verstanden worden sei. „In weiten Teilen sind die Medien gleichgeschaltet.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) zur Sache.

Abgeordneter Bellinghausen (AfD) hat nichts gegen eine Stelle zur Extremismusbekämpfung, sie dürfe jedoch nicht auf einem Auge blind sein. „Dass unser Staatswesen in weiten Teilen undemokratisch ist, das zeigt schon allein die Hereinholung von Millionen Migranten seit 2015 und

die Eurorettung, die ganz klar rechtsbrüchig war und von der Rechtsbrecherin und Volksverräterin Merkel verantwortet wurde.“

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft den Abgeordneten Bellinghausen (AfD) ein zweites Mal zur Sache und zusätzlich zur Ordnung. Sinn der Sitzung sei, sich zu den Themen auseinanderzusetzen und nicht, seine Weltanschauung vorzutragen. Da der Abgeordnete fortfährt, sich nicht zur Sache zu äußern, wird er ein drittes Mal zur Sache gerufen und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass ein weiterer Sach- oder Ordnungsruf zur Entziehung des Wortes führen werde. Daraufhin beendet der Abgeordnete Bellinghausen (AfD) seine Rede.

Landrat Schuster (SPD) bezieht sich auf den vom Vorredner verwendeten Begriff „Vaterland“ und fragt, wer das Vaterland in der deutschen Geschichte zweimal zerstört habe. Die Demokraten seien es nicht gewesen. Die Demokraten hätten es wiederaufgebaut. Er sieht als Ergebnis der Diskussion das Erfordernis, weitere DEXT-Stellen zu schaffen. Die Haushaltssituation sei in keiner Weise so dramatisch, wie dargestellt. Er verweist dazu auf das positive Eigenkapital.

Abgeordnete Lenzer (CDU) ist der Überzeugung, dass die DEXT-Stellen bislang eine sehr gute Arbeit geleistet hätten und leisten würden. Sie führt dies detailliert aus. Es seien, anders als dargestellt, auch Themen zum Linksextremismus auf der Tagesordnung. Die Arbeit der DEXT-Stellen und die Präventionsarbeit im Kreis sei somit breit aufgestellt und werde ausdrücklich begrüßt. Die anfallenden Kosten würden im Übrigen durch das Land Hessen gefördert.

Abgeordnete Beimborn (SPD) stellt fest, dass Demokratie erhalten werden müsse und man alles zu ihrem Erhalt tun müsse. Mit der DEXT-Stelle habe man ein gutes Instrument, gefährdete Teile der Demokratie zu finden. Für die AfD-Fraktion bedeute der Begriff „Deutsches Vaterland“ in erster Linie Ausgrenzung.

Vorsitzender Volkmann (CDU) ruft die Abgeordnete Beimborn (SPD) zur Sache.

Abgeordnete Beimborn (SPD) fährt fort, dass die DEXT-Stelle auch Gelegenheit biete, Hilfestellung in Form von Veranstaltungen und Kooperationen mit anderen Netzwerkpartnern zu erlangen.

Abgeordneter Irmer (CDU) stellt einen Antrag auf Ende der Debatte. Hierzu gibt es keine Gegenrede.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt daraufhin über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen.
Abgeordneter M. Bender (CDU) verlässt zur Abstimmung den Raum.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die im Rahmen des Programmes „Hessen-aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ eingerichtete sogenannte DEXT-Stelle sofort, hilfsweise zum nächsten möglichen Zeitpunkt ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen
7 Ja-Stimmen (6 AfD, 1 fraktionslos)
62 Nein-Stimmen (22 CDU, 16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 1 DIE LINKE, 2 fraktionslos)
0 Enthaltungen

Zu TOP 19.

Akteneinsichtsausschuss "Gefahrenverhütungsschauen an Schulen"

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022

A-37/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) informiert, dass nach der HGO ein Akteneinsichtsausschuss auf Wunsch einer Fraktion einzurichten ist. Der Kreistag entscheide darüber, welcher Ausschuss mit der Akteneinsicht beauftragt wird, oder ob ein neuer Ausschuss zu bilden ist. Der Ältestenrat hat sich dafür ausgesprochen, dass der Bauausschuss mit der Aufgabe betraut wird.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) spricht an, dass man in der letzten Fachausschusssitzung aufgrund eines Antrages seiner Fraktion über Gefahrenverhütungsschauen gesprochen habe. Dabei seien Unterlagen, die seine Fraktion habe einsehen wollen, nicht vorgelegt worden. Daher beantrage man die Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses. Er bekräftigt, dass Bauausschuss mit dieser Aufgabe betraut werde.

Abgeordneter Lemler (SPD) stellt fest, dass nichts gegen die Einrichtung des Akteneinsichtsausschusses spreche. Die Akten seien im Fachausschuss nicht vorgelegt worden, da sie nicht öffentliche Inhalte enthielten. Er schlägt vor, den Akteneinsichtsausschuss im Anschluss an eine Bauausschusssitzung tagen zu lassen.

Abgeordneter Fuchs (FWG) hat den Eindruck, dass die Mitglieder des Bauausschusses mit der dortigen Berichterstattung zu den Gefahrenverhütungsschauen zufrieden gewesen seien. Dezernent Aurand (SPD) habe zudem begründet, warum eine öffentliche Aussprache über die Ergebnisprotokolle der Gefahrenverhütungsschauen nicht möglich sei. Im Rahmen eines Akteneinsichtsausschusses sei es jedoch kein Problem. Angesichts des hohen Aufwandes fragt er, ob die Berichte von Gefahrenverhütungsschauen tatsächlich an allen Schulen an allen Jahren vorgelegt werden sollen.

Abgeordneter Irmer (CDU) führt an, dass es nicht darum gehe, nicht öffentliche persönliche Dinge zu erfahren. Er geht jedoch, dass dies nur vereinzelt vorkomme und nicht auf alle Berichte zu Gefahrenverhütungsschauen zutrefe. Worum es stattdessen gehe, sei die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler und die Kenntnis der Abläufe über die Dokumentationen.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) bittet um Konkretisierung des Antrages. **Abgeordneter Irmer (CDU)** teilt mit, dass die weiterführenden Schulen gemeint seien, sofern es Mängel gegeben habe. Wenn es laut Protokoll keine Beanstandungen gegeben habe, seien keine Akten vorzulegen.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung des Bauausschusses als Akteneinsichtsausschusses abstimmen:

Beschluss:

1. Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.
2. Thema des Akteneinsichtsausschusses sind die Gefahrenverhütungsschauen an Schulen, insbesondere in der Verwaltung vorhandene Unterlagen zu durchgeführten Gefahrenverhütungsschauen im Lahn-Dill-Kreis, sowie Berichte über Brandschutzmängel und deren Beseitigung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt, 1 Enthaltungen

Zu TOP 20.

Kaltduschen im Lahn-Dill-Kreis

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022

A-38/2022

Abgeordneter Irmer (CDU) zeigt sich überrascht von einem Beschluss des Kreisausschusses, der keine Berechnung der in der Begründung aufgeführten mutmaßlichen Einsparsumme von 100.000 € enthalte. Hinsichtlich des Verfahrens kritisiert er, dass die Betroffenen nicht eingebunden gewesen seien und man erst aus der Presse von dem Kreisausschussbeschluss erfahre. Er ist zudem der Ansicht, dass ein Kompromiss durch Absenken der Wassertemperatur ausreichend gewesen wäre. Dass Energie eingespart werden müsse, sei unstrittig.

Abgeordnete Kunz (SPD) geht davon aus, dass man das Warmwasser nicht schon über die Sommerferien hätte abstellen können, wenn man zuvor alle Beteiligten hätte fragen müssen. Die Hallen stünden den Vereinen in den Sommerferien ohnehin nicht zur Verfügung. Sie sei verwundert, dass der Antrag angesichts der aktuellen Ereignisse nicht zurückgezogen werde. Es gehe bei dem Beschluss nicht um die Einsparung von Geld, sondern um Gasvolumen. Sie frage sich außerdem, inwieweit man den Krieg unnötig verlängere, indem man Gas kaufe. Für Turniere gebe es schließlich Ausnahmeregelungen.

Abgeordneter Boch (FWG) führt an, dass die Energiekosten auf das Doppelte angestiegen seien und Energie knapp werde. Der Einsatz von Krisenstäben zur Energieeinsparung sei daher anerkannte Praxis. Sie gehe davon aus, dass man noch zu ganz anderen und kurzfristigeren Maßnahmen werde greifen müssen, um den Entwicklungen gerecht zu werden. Sie fordert die Antragsteller daher auf, den Antrag zurückzuziehen.

Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen) sieht es so, dass man es den Antragstellern zu verdanken habe, zum Gespött geworden zu sein. Nach den Erfahrungen aus der Geschichte müsse man alles tun, um es Putin schwer zu machen und die Energieversorgung zu sichern. Dies habe man sich bereits über eine Resolution zur Aufgabe gemacht. In der Verwaltung spare man das warme Wasser ebenfalls. Es gehe dabei nicht um Geld, sondern darum, die Gasspeicher zu füllen und die Versorgungssicherheit zu stärken.

Auf die Frage des **Abgeordneten L. Müller (CDU)** ob man tatsächlich Gas einspare, wenn die Betroffenen stattdessen zu Haus duschten, antwortet **Abgeordnete Klement (Bgo/Die Grünen)** dass das Erhitzen des Wassers in den Schulen deutlich mehr Energie erfordere, da die Leitungen länger seien und weniger genutzt würden.

Abgeordneter Dr. Büger (FDP) verweist auf die Erklärung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten zum Thema Energie, worin die Maßnahme des Lahn-Dill-Kreises ausdrücklich als beispielhaft erwähnt worden sei. Er rechne mit einem schwierigen Herbst wegen der in den letzten Jahren durch die Bundesregierung gestärkten Abhängigkeit von russischem Gas. Daher müsse Gas gespart und eingespeichert werden. Der Kreis habe mit frühem Handeln einen Trend gesetzt.

Abgeordnete Niggemann (AfD) sieht einen Widerspruch in hohen Gehältern der Verwaltungsspitze und deren Ausstattung mit hochwertigen Fahrzeugen zu deren Zeichensetzung bei Sparbemühungen. Statt eigenen Verzichte werde der Schülerschaft das warme Wasser abgedreht. Warmes Wasser nach dem Sport sei eine Frage der Hygiene und Kultur.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) sieht es als respektlos an, dass man beim Sparen gerade bei denjenigen anfangen, die in der Pandemie am meisten gelitten hätten. Dies seien die Vereine. Im Übrigen werde das Problem durch die Einsparungen nicht gelöst. Man verschiebe das Duschen von

den Turn- und Sporthallen nach Hause. Dies belaste die ohnehin betroffenen Familien. Sie sehe insgesamt ein Kommunikationsproblem und ein falsches Zeichen an die Vereine.

Landrat Schuster (SPD) teilt mit, dass 90 % der Vereine ein hohes Maß an Verständnis hätten. Er gibt den Antragstellern recht, dass man die Maßnahme vorab hätte kommunizieren können. Man hätte die Maßnahme jedoch trotzdem durchführen müssen. Es sei nicht vertretbar, dass ganztägig russisches Gas oder Öl verbrannt werde, damit abends wenige duschen könnten. Die Maßnahme sei wegen der zeitlichen Begrenzung und der hohen Außentemperaturen zumutbar und verhältnismäßig.

Abgeordneter A. Müller (CDU) regt an, dass man das warme duschen zumindest für die Schülerschaft nach den Sommerferien wieder ermögliche. Sollte das Heizen für Familien im Winter nur eingeschränkt möglich sein, sollte im Gegenzug Warmwasser für Familien zur Verfügung gestellt werden. **Landrat Schuster (SPD)** bestätigt, dass dies in Form von Wärmeinseln geplant sei.

Vorsitzender Volkmann (CDU) übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Kreistagsvorsitzende Egler (SPD).

Abgeordneter Volkmann (CDU) stellt fest, dass sich seine Fraktion einen militärischen Sieg der Ukraine wünsche, und dass man gut über den Winter komme. Die Frage sei jedoch, ob man das durch kaltes Duschen in den Turnhallen und Schulen des Lahn-Dill-Kreises erreichen könne. Er halte die Maßnahme nicht für wirksam, da ein Duschen in Gemeinschaftshäusern wegen der Skaleneffekte dem einzelnen Duschen in vielen Haushalten vorzuziehen sei. Es handele sich daher um Symbolpolitik.

Stellvertretende Kreistagsvorsitzende Egler (SPD) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreistag spricht sich gegen die beschlossenen Maßnahmen des Kreisausschusses aus, den Lahn-Dill-Kreis erneut zum „Land der Kaltduscher“ und somit bundesweit zum Gespött zu machen. Weiterhin kritisiert der Kreistag das Verfahren, in dem alle Nutzer und Vereine mit diesem Beschluss vor vollendete Tatsachen gestellt wurden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

29 Ja-Stimmen (23 CDU, 5 AfD, 1 fraktionslos)

40 Nein-Stimmen (16 SPD, 11 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP, 2 fraktionslos, 1 AfD)

1 Enthaltungen (DIE LINKE)

Zu TOP 21.

Parkplatzproblem / Sporthalle an der Theodor-Heuss-Schule

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022

A-39/2022

Vorsitzender Volkmann (CDU) übernimmt die Sitzungsleitung.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) fragt, wie sichergestellt werde, dass genug Parkraum für die Schülerinnen und Schüler sowie das Kollegium an der Theodor-Heuss-Schule (THS) bereitgestellt werde. Die Vorgaben der Stellplatzordnung der Stadt Wetzlar seien zu beachten. Wichtig sei auch die Frage nach den Kosten, die auf Schülerinnen und Schüler zukommen würden, sowie die Frage nach der Sicherstellung des Sportunterrichtes. Hierüber solle im Ausschuss berichtet werden.

Erster Kreisbeigeordneter Esch (FWG) das Grundstück für das geplante Parkhaus gehöre einem Investor, der sich in den Endverhandlungen mit zwei Baufirmen befinde. Ab Sommer 2022/2023 werde sich die THS im Neubau in der Spilburg befinden. Dort werden der Schüler- und Lehrerschaft 471 Parkplätze, davon 174 auf dem Grundstück und 297 im Parkhaus zur Verfügung stehen. Das Parkhaus werde eine Gesamtkapazität von 670 Stellplätzen haben und öffentlich sein. Die Parkplätze für die Schule würden sich in den oberen Etagen befinden. Die Schülerinnen und Schüler könnten eine Parkkarte als Dauermieter erhalten. Über die Konditionen dafür sei noch abschließend zu sprechen. Nach dem 20.07. würden die Mietkonditionen mit dem Lahn-Dill-Kreis als Mieter vorliegen. Der Mietvertrag sei bereits vorbereitet und abgestimmt. Aufgrund der massiven Preissteigerungen im Baubereich müsse der Mietpreis eingesetzt werden. Der Kreis werde bei den Verhandlungen mit den Baufirmen anwesend sein, da das Projekt transparent dargestellt werde solle. Für eine gemeinsame Sporthalle mit der Stadt Wetzlar sehe diese derzeit keine Notwendigkeit. Wegen der benötigten Hallenzeiten von 8:00 Uhr bis 16:30 Uhr werde ein Mietmodell befürwortet. Man gehe derzeit davon aus, dass ein Investor die Sporthalle baue. Die jetzige Sporthalle der THS bleibe trotz Abbruch der Käthe-Kollwitz-Schule in Betrieb, so dass sie ausreichen würde, den Sportunterricht für beide Schulen vollumfänglich stattfinden zu lassen. Sowohl die Parkplatz- als auch die Sporthallsituation sei damit gelöst. Sobald Konditionen vorliegen würden, werde man die Beschlussfassung in den zuständigen Gremien anstoßen.

Abgeordneter Zborschil (DIE LINKE) hält den Antrag nicht für nachhaltig, da es darum gehe, möglichst viele Fahrzeuge in die Stadt zu schleusen. Man beantrage daher eine Ergänzung (siehe Anlage). Die Stellplatzverordnung schreibe nicht vor, dass die Parkplätze an der Schule liegen müssten. Es wäre zudem ein sinnvoller Beitrag zur Reduzierung des Verkehrs in Wetzlar.

Abgeordneter Hundertmark (CDU) zeigt sich mit dem Bericht des Ersten Kreisbeigeordneten Esch (FWG) einverstanden, sofern dies im Protokoll festgehalten werde. Neuerungen sollten im Schulausschuss berichtet werden. Dem Antrag sei damit genüge getan.

Vorsitzender Brockhoff (B90/Die Grünen) hätte sich gewünscht, dass der Antrag im Vorfeld eingereicht worden wäre, damit man sich angemessen damit hätte befassen können. Der Bauantrag sei gestellt und die Stellplatzsatzung sei Bestandteil. Was mit den Busverbindungen passiere werde sich noch ergeben, wenn man so weit sei.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

bei einer Ja-Stimme eines fraktionslosen Abgeordneten und einer Ja-Stimme aus der Fraktion DIE LINKE

Vorsitzender Volkmann (CDU) stellt fest, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion erledigt habe.

Zu TOP 22.

Einschulungsuntersuchungen

Antrag der CDU-Fraktion vom 23.06.2022

A-43/2022

Fraktionsvorsitzender Petersen (CDU) beantragt den TOP „Einschulungsuntersuchungen“ vorzuziehen.

Da die Tagesordnung bereits festgestellt sei, fragt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** den Kreistag, ob Einverständnis mit der beantragten, außerordentlichen Änderung der Tagesordnung besteht (§ 35 Abs. 34 GschO). Es erhebt sich kein Widerspruch gegen dieses Vorgehen.

Abgeordnete A.-L. Bender (CDU) trägt vor, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass für das kommende Schuljahr nur etwa 1.000 der 2.533 gemeldeten Schulanfängerinnen und –anfänger eine Schuleingangsuntersuchung erhalten hätten. Die Untersuchungen seien Voraussetzung für den Schulbesuch und verpflichtend für Erstklässler. Sie dienten dazu, den Kindern einen reibungslosen Schuleintritt zu ermöglichen. Gerade in der Pandemie hätten sich Förderbedarfe der Kinder verstärkt, so dass Schuleingangsuntersuchungen noch wichtiger geworden seien.

Hauptamtlicher Kreisbeigeordneter Aurand (SPD) sieht in der Schuleingangsuntersuchung ebenfalls eine wichtige Aufgabe des Gesundheitsamtes. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration habe wegen der hohen Inzidenzen jedoch zum zweiten Mal die Pflichtaufgaben des Gesundheitsamtes ausgesetzt. Schuleingangsuntersuchungen für Kinder mit besonderem Förderbedarf hätten jedoch auch während der Pandemie stattfinden können. Seit 09/2021 seien die Schuleingangsuntersuchungen bei erheblichen Einschränkungen wieder allen für das kommende Schuljahr gemeldeten Kindern zugänglich gemacht. Insbesondere alle von den Schulen gemeldeten auffälligen Kinder sowie alle Kinder mit Frühförderung und Integrationsmaßnahmen hätten einen Untersuchungstermin angeboten bekommen. Für das Schuljahr 2023/2024 sei vorgesehen, wieder allen Kindern einen Untersuchungstermin anzubieten. Voraussetzung sei eine adäquate Personalsituation sowie eine unproblematische Coronalage.

Vorsitzender Volkmann (CDU) lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass er seiner gesellschaftlichen Pflicht nachkommt, dass Einschulungskinder einer Einschulungsuntersuchung unterzogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dagegen

31 Ja-Stimmen (23 CDU, 4 AfD, 1 DIE LINKE, 3 fraktionslos)

32 Nein-Stimmen (15 SPD, 7 B90/Die Grünen, 7 FWG, 3 FDP)

5 Enthaltungen (4 B90/Die Grünen, 1 SPD)

Vorsitzender Volkmann (CDU) vertagt die übrigen Tagesordnungspunkte, schließt die Sitzung des Kreistages um 17:26 Uhr und bedankt sich bei den Abgeordneten für Ihre Teilnahme.

Wetzlar, 01.08.2022

gez.

Johannes Volkmann
Kreistagsvorsitzender

Birgit Klein
Schriftführerin

Dringlichkeitsantrag AfD-Fraktion "Klimaschutz-Resolution"

Namentliche Abstimmung durch den Kreistag des Lahn-Dill-Kreises						
Tagesordnungspunkt:.....			Kreistagssitzung am: 18.07.22			
Ifd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
1	Ahrens-Dietz	Heike	/			
2	Beimborn	Regina	/			
3	Bellinghausen	Karlheinz		X		
4	Bender	Anna-Lena		X		
5	Bender	Matthias	/			
6	Benner-Berns	Anna-Lena	/			
7	Berns	Wolfgang			X	
8	Biermann	Andrea				X
9	Blöcher-Weil, Dr.	Johannes			X	
10	Boch	Dunja			X	
11	Böcher	Jan Moritz			X	
12	Braun	Carsten		X		
13	Breustedt	Michelle			X	
14	Brockhoff	Sebastian Philip			X	
15	Büger, Dr.	Matthias			X	
16	Dette	Wolfram			X	
17	Deusing	Kevin		X		
18	Dworschak	Reiner			X	
19	Egler	Beatrix			X	
20	Engel	Jürgen	/			
21	Esch	Gudrun			X	
22	Fay	Anja			X	
23	Fuchs	Hans-Werner			X	
24	Garotti	Dorothea	/			
25	Glade-Wolter	Cornelia	/			
26	Gottsmann	Thomas		X		
27	Green	Emely			X	
28	Grüger	Stephan	/			
29	Hantusch	Thassilo		X		
30	Harapat	Dominic			X	
31	Hartert	Holger	/			
32	Hartmann	Lukas	/		X	
33	Hermann	Jacqueline Carina		X		
34	Herr	Christoph Alexander		X		

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
35	Hofmann	Kristin			X	
36	Hundertmark	Michael		X		
37	Inderthal	Frank			X	
38	Irmer	Hans-Jürgen		X		
39	Jakisch	Rudolf		X		
40	Klement	Martina			X	
41	Knies	Hans-Horst	/			
42	Krämer-Bender	Rabea	/			
43	Kunz	Cirsten			X	
44	Lefe`vre	Christa			X	
45	Lemler	Heinz			X	
46	Lenzer	Carmen		X		
47	Ludwig	Jörg	/			
48	Marien, Dr.	Jan			X	
49	Mulch	Lothar		X		
50	Müller	Jörg Michael		X		
51	Müller	Armin	/			
52	Müller	Leo		X		
53	Niggemann	Andrea		X		
54	Ohnacker	Christiane	/			
55	Panten	Ingo	/			
56	Panten	Sascha		X		
57	Peller	Michael			X	
58	Petersen	Nicole		X		
59	Polat	Murat	/			
60	Rauber	Heinz	/			
61	Rauber, Dr.	David			X	
62	Rinn, Dr.	Karin			X	
63	Sattler, Dr.	Daniel				X
64	Schäfer	Lisa		X		
65	Schäfer	Mechthild	/			
66	Schmidt	Ingrid	/			
67	Scholl	Stefan			X	
68	Schönwetter	Tim		X		
69	Schumacher	Silke		X		
70	Silbe, Dr.	Katja		X		
71	Sommer	Sabine		X		

lfd. Nr.	Name	Vorname		ja	nein	Enthaltung
72	Steinraths	Frank		X		
73	Steinraths	Daniel		X		
74	Strehlau	Petra			X	
75	Viertelhausen, Dr.	Andreas			X	
76	Volkmann	Johannes		X		
77	Wagner	Willi		X		
78	Wagner	Steffen	/		X	
79	Wepler	Elke			X	
80	Zborschil	Tim			X	
81	Zühlsdorf-Gerhard	Carmen			X	

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Lahn-Dill

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Johannes Volkmann
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

18. Juli 2022

Ergänzungsantrag

~~Änderungs-~~ *Alternativantrag* zum Antrag der CDU (A-39/2022) Parkplatzproblem / Sporthalle an der Theodor-Heuss-Schule.

Antrag:

1.) siehe CDU-Antrag

- 2.)* Der Kreistag bittet den Kreisausschuss zu prüfen, ob als Alternative zum Bau eines Parkhauses oder die Anmietung von Stellplätzen in einem privat gebauten Parkhaus, die Einrichtung einer Buslinie von und zu einem Pendlerparkplatz möglich ist. Der Kreisausschuss soll darüber im HFWO- und Bildungsausschuss berichten.

Begründung:

Der Bau bzw. die Förderung weiterer Parkhäuser in Wetzlar ist nicht zeitgemäß. Stattdessen sollte der ÖPNV ausgebaut werden.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Horst Knies

Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag
des Lahn-Dill-Kreises